



BRIEFING: Schwerpunkte für die Trilogie zum Gesetz über digitale Dienste

Das Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA) stellt eine äußerst wichtige und willkommene Gelegenheit dar, Online-Plattformen zur Verantwortung zu ziehen und ein für alle sichereres, transparenteres Online-Umfeld zu schaffen. Die Verhandlungsführer*innen der EU müssen sicherstellen, dass der Schutz der Demokratie und der Grundrechte von Bürger*innen im Mittelpunkt des DSA stehen und echte Rechenschaftspflicht und Kontrolle digitaler Plattformen auf Dauer gewährleistet sind. In den Trilogien müssen zentrale offene Fragen geklärt werden, etwa Durchsetzung auf EU-Ebene, Sorgfaltspflichten, Datenkontrolle sowie das Angehen systemischer Risiken im Zusammenhang mit Werbung auf Grundlage von Tracking.

Im Zuge der Verhandlungen zum DSA fordern wir Sie daher dringend auf, folgende Themen in den Vordergrund zu stellen:

→ **Wirksames Durchsetzungssystem auf EU-Ebene für sehr große Online-Plattformen (Artikel 50)**

Wir sprechen dem Rat unser Lob dafür aus, dass er sich für Durchsetzungsstrukturen auf EU-Ebene einsetzt, wie aus der allgemeinen Ausrichtung hervorgeht. Wir empfehlen, einer **unabhängigen Stelle in der Europäischen Kommission Durchsetzungsbefugnisse zur Überwachung sehr großer Online-Plattformen** zu verleihen. Durchsetzungsbefugnisse auf EU-Ebene, ausgestattet mit entsprechenden Ressourcen, stellen nach unserer Ansicht die beste Möglichkeit dar, von vornherein gründlich und konsequent zu überprüfen, ob die sehr großen Online-Plattformen sich an die festgelegten Sorgfaltspflichten halten. Wir fordern Sie nachdrücklich auf, diesen Aspekt bei den Verhandlungen zu priorisieren und so Schwierigkeiten wie Fragmentierung und Verzögerungen zu verhindern, die bei anderen EU-Rechtsvorschriften wie etwa der DSGVO aufgetreten sind.

→ **Inangriffnahme der schädlichsten Arten Tracking-basierter Werbung (Artikel 24)**

Mit dem Standpunkt des Europäischen Parlaments zum DSA werden wichtige neue Schutzmaßnahmen gegen einige der schädlichsten, aufdringlichsten Arten des Profilings zum Zweck der Tracking-basierten Werbung gesichert: **die Verarbeitung von Daten Minderjähriger sowie die Verarbeitung sensibler Daten** – einschließlich Daten zur sexuellen Orientierung, Gesundheitsdaten sowie Daten zu religiösen und politischen Überzeugungen. Die EU-Politikverantwortlichen müssen diesen Schutz für die Bürger*innen dringend gewährleisten. Aufgrund der systemischen Risiken dürfen Daten dieser Art nicht zu Werbezwecken genutzt werden. Aktuelle Umfragen von Global Witness und Amnesty Tech in Frankreich und Deutschland ergaben, dass es nicht nur den [Bürger*innen](#) stark widerstrebt, wenn ihre sensiblen Daten für Werbung genutzt werden. Auch [KMU haben Vorbehalte](#): Sie glauben, dass ihre Kund*innen nicht damit einverstanden sind, und wünschen sich mehr Regulierung.

→ **Fairer Zugang und Beendigung manipulativer Praktiken (Artikel 13a & 24)**

Wenn der DSA Nutzer*innen wirklich zu mehr Selbstbestimmung verhelfen und Grundrechte schützen soll, dann muss verhindert werden, dass die Plattformen mittels manipulativer Gestaltungsmethoden („Dark Patterns“) Zustimmung und Entscheidungen von Nutzer*innen erzwingen. Dass das EU-Parlament den Artikel 13a zu Gestaltung und Aufbau von online Benutzeroberflächen hinzugefügt hat, ist ein

wichtiger Schritt im Hinblick auf den Schutz der Rechte von Nutzer*innen und auf ihren Schutz vor unlauteren Verbraucherpraktiken. Hierzu muss auch gehören, dass die Nutzer*innen ihren **Opt-out-Wunsch im Browser** mittels einer rechtlich bindenden „Do Not Track“-Signal angeben können und nicht mehr ständig Einwilligungsbanner angezeigt bekommen. **Die Einwilligung zu verweigern sollte ebenso leicht sein** wie seine Einwilligung zu geben. Auch Nutzer*innen, die Tracking ablehnen, sollten faire, angemessene **alternative Zugangsmöglichkeiten** haben (Artikel 13a 1, Artikel 24 1a).

→ **Sicherstellung wirkungsvoller Kontrolle sehr großer Online-Plattformen durch Dritte (Artikel 31)**

Wir begrüßen das Bestreben, mit dem DSA Dritten Zugang zu und Kontrolle von Daten sehr großer Online-Plattformen zu verschaffen, um mögliche systemische Risiken zu untersuchen. Wir sind jedoch besorgt, dass diese äußerst wichtige Kontrollmaßnahme stark geschwächt wird, wenn sie auf Akademiker*innen beschränkt wird und die Plattformen sich auf eine sehr weit gefasste **Ausnahme für „Geschäftsgeheimnisse“** berufen können. Angesichts der entscheidenden Rolle, die **Organisationen der Zivilgesellschaft** dabei spielen, die Plattformen zur Rechenschaft zu ziehen und Verletzungen von Rechten sowie weitere schädigende Auswirkungen aufzuzeigen, sollten auch sie Zugang erhalten – sofern ihre Vorschläge höchste ethische Maßstäbe und methodische Standards erfüllen und sie sämtliche personenbezogene Daten schützen können, die sie erhalten. Derzeit erschweren ein Mangel an verfügbaren Daten sowie die feindselige Haltung zentraler Plattformen die Kontrolle erheblich. So setzte etwa Facebook seine Nutzungsbedingungen als Waffe ein und brachte durch [Einschüchterung](#) AlgorithmWatch dazu, sein Instagram-Monitoring Projekt zu beenden. Wir appellieren deshalb eindringlich an Sie, den Standpunkt des EU-Parlaments zu unterstützen, den Zugang auf *zugelassene gemeinnützige Einrichtungen, Organisationen und Vereinigungen* auszuweiten und die Ausnahme aufgrund von Geschäftsgeheimnissen zu streichen.

→ **Ausweitung der Risikobewertung: Berücksichtigung aller Rechte und sozialen Schäden (Artikel 26 und 27)**

Wir fordern Sie auf, den Standpunkt des Parlaments zur Risikobewertung zu unterstützen und den Text dahingehend klarer zu gestalten, dass bei der Risikobewertung **sämtliche Grundrechte** mit bedacht werden und gleichzeitig weiterhin das Augenmerk auf sozialen Schäden wie Desinformation liegt. Diese Erweiterung ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass eine umfassende Risikobewertung stattfindet und sämtliche systemischen Risiken ausreichend berücksichtigt werden – aktuelle wie künftige. Eine weitere entscheidende Ergänzung im Standpunkt des Parlaments besteht darin, die Bewertung von Risiken durch Algorithmen, Aktivitäten und Entscheidungen zum Geschäftsmodell sicherzustellen, **bevor** neue Produkte eingesetzt werden, mit ausdrücklichem Schwerpunkt auf **Entscheidungen sehr großer Online-Plattformen zum Geschäftsmodell** sowie auf die Einbeziehung von Risiken durch **algorithmische Systeme**. Und schließlich sollte der DSA vorschreiben, dass **Organisationen der Zivilgesellschaft** als Teil der Risikobewertung durch sehr große Online-Plattformen sowie bei der Ausarbeitung von Maßnahmen zur Risikominderung hinzugezogen werden, wie im Standpunkt des Parlaments hervorgehoben wird (Artikel 26 2a; Artikel 27 1a). Dies ist zur Eingrenzung möglicher negativer Auswirkungen von Maßnahmen zur Risikominderung auf Bürger*innen oder Minderheiten unentbehrlich, wie zum Beispiel diskriminierender Moderation oder exzessivem Entfernen von Inhalten.

→ **Befähigung von Nutzer*innen zur Inanspruchnahme von Rechtsbehelfen (Artikel 17)**

Wir sprechen dem Rat unser Lob für seine Haltung zum **internen Beschwerdemanagementsystem** aus, das Nutzer*innen zur Inanspruchnahme von Rechtsbehelfen gegen ungerechtfertigte Handlungen und Unterlassungen durch die Plattformen befähigt. Wie in der allgemeinen Ausrichtung deutlich wird, muss das System erweitert werden, sodass es alle Fälle abdeckt, einschließlich solcher, in denen Nutzer*innen tätig werden wollen, **wenn eine Plattform einen Inhalt nicht entfernt bzw. den Zugang zu diesem nicht gesperrt hat**. Wird die Anwendung dieses Artikels nicht entsprechend ausgeweitet, würde Opfern von Hassreden sowie schutzbedürftigen Gruppen weiterer Schaden zugefügt, da sie dann machtlos wären. Deshalb fordern wir Sie nachdrücklich auf, sich dem Standpunkt des Rates anzuschließen (indem Sie „oder nicht“ in Artikel 17 (1) einfügen) und allen Nutzer*innen mittels eines internen Beschwerdemanagementsystems Rechtsbehelfe zu ermöglichen.

Dieses Briefing wurde von Algorithm Watch, Alliance 4 Europe, Amnesty International, Association for Technology and Internet (ApTI), Avaaz, Defend Democracy, Global Witness, Hate Aid, Je Suis Là, Panoptikon Foundation, SumOfUs, The Signals Network, und Vrijschrift zusammengestellt.